

«Wie die spanische Inquisition»



Schwere Geschütze: Deutschlands Finanzminister Peer Steinbrück macht seine Drohungen wahr und bereitet Sanktionen gegen Länder vor, die auf dem Bankgeheimnis beharren.

Bild Keystone

Im Streit um das Bankgeheimnis zieht Deutschland die Dauerschrauben an. Liechtensteins wichtigster Handelspartner droht de facto mit dem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Folgen für die ganze Region wären drastisch.

Von Wolfgang Frey

Vaduz/Berlin. – Der Plan aus dem Berliner Bundesfinanzministerium hat es in sich. Und er entspricht in etwa dem, was Steinbrück im Herbst angedroht hatte: «Wenn wir auf europäischer Ebene nicht vorankommen, dann werde ich die Möglichkeiten nutzen, die ich habe – steuerrechtlich, finanzaufsichtsrechtlich und zollrechtlich.» Mit der «europäischen Ebene» meint Steinbrück das (Steuer-)Betrugsabkommen der EU mit Liechtenstein, das zwar schon ausgehandelt ist, aber von Deutschland blockiert wird, weil es Berlin nicht weit genug geht. Was die «Möglichkeiten» angeht, spricht der am vergangenen Wochenende bekannt gewordene Gesetzentwurf aus dem Hause Steinbrück nun Bände.

Unter Generalverdacht

Die geplanten Änderungen im deutschen Steuerrecht, die Steinbrück noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch Bundesrat und Bundestag bringen will, würde es für deutsche Firmen faktisch höchst riskant machen, Waren bei Liechtensteiner Firmen oder ihren Töchtern in Deutschland einzukaufen. Denn sie

können sich künftig nicht mehr sicher sein, dass sie diese Kosten in ihrer Bilanz auch als Betriebsausgaben verbuchen können. Sie müssten noch nach Jahren damit rechnen, sich für diese Geschäfte rechtfertigen zu müssen und neu selbst den Nachweis erbringen, dass der Einkauf nicht aus Steuerspargründen erfolgte. Gelänge dieser nicht, würden ihnen die verbuchten Ausgaben gestrichen, der Gewinn würde nachträglich höher ausfallen, Steuernachforderungen wären die Folge.

Und vermögende deutsche Kunden Liechtensteiner Banken oder ihrer deutschen Töchter, die Zinseinkünfte von mehr als 500 000 Euro im Jahr verbuchen, stünden mit der in dem Gesetzentwurf verankerten Umkehr der Beweislast unter dem Generalverdacht der Steuerhinterziehung und müssten künftig auch ohne konkreten Verdacht sogenannte «Aussenprüfungen» der deutschen Steuerfahndung fürchten. Wie die ablaufen kann, konnte man vor knapp einem Jahr bei der Razzia in der Villa des Ex-Chefs der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, live im Fernsehen mitverfolgen.

Drei Länder im Visier

Das Drohpotenzial der Pläne ist also hoch und richtet sich nicht nur gegen Liechtenstein. Steinbrücks Plan richtet sich gegen alle Länder, die auf ihrem Bankgeheimnis beharren und dem Verlangen nicht entsprechen, schon bei Verdacht auf Steuerhinterziehung Kontodaten an deutsche Finanzämter zu übermitteln.

Betroffen sind damit auch Österreich und die Schweiz, mithin die ge-

samte Bankenlandschaft und die exportorientierte Industrie im Fürstentum, im Schweizer Rheintal und in Vorarlberg. Allein die Liechtensteiner Wirtschaft exportiert pro Jahr Waren im Wert von 835 Mio. Franken nach Deutschland, das ist ein Fünftel aller Exporte. Sollte sich Steinbrück mit diesem Gesetz durchsetzen, wären die Folgen für die Liechtensteiner Wirtschaft im Extremfall «untragbar», sagt Magnus Tuor, Präsident der Sektion Gewerbliche Industrie der Wirtschaftskammer Liechtenstein.

Banker unter Druck

Und auch für die Liechtensteiner Finanzdienstleister ist die deutsche Kundschaft wichtig. Erst kürzlich hatte Prinz Max, CEO der grössten Liechtensteiner Bank LGT, im Interview mit dem «Wirtschaft regional»-Jahresmagazin die Bedeutung des deutschen Marktes unterstrichen: In Deutschland sei die LGT mit sieben Filialen onshore «ausgezeichnet positioniert» und wolle dort «weiter wachsen». Der «Weltwoche» hatte er kurz zuvor verraten: «Mit unserer Bank in Deutschland sind wir weit über dem Budget.»

Auch die Vaduzer VP Bank ist mit ihrer Tochter VP Vermögensverwaltung GmbH in München präsent. Zielgruppe laut Eigendarstellung: «sehr wohlhabende» Privatkunden.

Bankenverbands-Sprecher Raphael Tschanz sagte, man nehme die deutschen Pläne «sehr ernst», die möglichen Folgen für die Banken wären «nicht unbedingt angenehm».

Der deutsche Steuerexperte und Wirtschaftsprofessor Lorenz Jarass verglich die Steinbrückschen Pläne

mit der «spanischen Inquisition». Auch damals habe man erst gefragt und wenn man die falschen Antworten bekommen habe, «dem Angeklagten die Folterinstrumente gezeigt». Aus Jarass' Sicht setzt Steinbrück mit seinen Vorschlägen genau dort an, wo es den Ländern, die in Steuerfragen aus deutscher Sicht nicht weit genug kooperieren, am meisten wehtut. Bei der exportabhängigen Wirtschaft und den vermögenden Privatkunden: «Gerade reiche Kunden wie die der LGT will man damit besonders treffen», sagt Jarass. «Und Liechtenstein muss sich jetzt überlegen, ob es die in Liechtenstein produzierende Industrie gefährdet.» Betroffen sind laut Jarass auch die Töchter deutscher Firmen, die ihren Sitz in Liechtenstein oder der Schweiz haben, weil sie dort weniger Steuern zahlen. Der Experte strich im Gespräch mit «Wirtschaft regional» das Drohpotenzial der Steinbrückschen Pläne heraus: «Wir bräuchten eigentlich einen Diplompsychologen, um das ganze zu bewerten.»

Liechtenstein bleibt hart

Liechtensteins Botschafter in Deutschland Prinz Stefan sprach am Donnerstag im deutschen Frühstücksfernsehen entsprechend auch von einer «Kampagne» des Bundesfinanzministeriums mit «stark innenpolitischem Charakter». Er wiederholte das Liechtensteiner Angebot, mit Deutschland ein Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen, auf das Berlin bis jetzt allerdings nicht reagiert hat. Die Liechtensteiner Industrie exportiere «viel in die EU und auch nach Deutschland», sagte er, für

sie müsse man nun «gute Rahmenbedingungen finden».

Aus Bern heisst es, die Unternehmen seien «alarmiert». Offiziell wartet die Schweizer Landesregierung aber erst einmal ab. «Wir haben das zur Kenntnis genommen und verfolgen es», sagte ein Regierungssprecher.

«Nicht EU-kompatibel»

Im Wiener Finanzministerium hat man von den deutschen Plänen nur aus der Presse erfahren. «Wir wurden nicht offiziell informiert», sagte ein Sprecher. «Wir hoffen, dass sich die deutschen Kollegen nicht über EU-Recht hinwegsetzen; aus unserer Sicht stehen die Pläne klar im Widerspruch zu verschiedenen EU-Richtlinien.» Das weist man in Berlin zurück. Alles sei «europa-konform», heisst es im Hause Steinbrück. Beobachter bewerten die Pläne Deutschlands, das jahrelang als «Lokomotive der europäischen Integration» galt, mit Blick auf die möglichen Folgen für die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa dennoch als «beispiellos».

Entsprechend ist noch nicht raus, ob der Sozialdemokrat Steinbrück mit seinen Plänen in der Berliner Koalition durchkommt. Beim Koalitionspartner regt sich bereits Widerstand – kein Wunder, in Deutschland wird im September gewählt. Und während Steinbrück die Pläne noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch Bundesrat und Bundestag bringen will, nennt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Otto Bernhardt Steinbrücks Pläne einen «Rückfall ins 19. Jahrhundert».

Steueraffäre lastet auf Banken-Image

Frankfurt am Main. – Das Image Liechtensteiner Banken leidet im Zuge der Datenklau- und Steueraffäre unter reichen Anlegern aus Deutschland weiter. Noch elf Monate nach dem Ausbruch der Affäre im vergangenen Februar steigt die Zahl der Anleger, die den Ankauf der gestohlenen LGT-Kundendaten durch den Bundesnachrichtendienst für rechtens halten. Zugleich verlieren Liechtensteiner Banken an Vertrauen. Wie aus einer aktuellen Studie des Frankfurter Instituts für Markencontrolling «BrandControl» hervorgeht, beurteilten 55 Prozent der Spitzenverdiener die Auswertung der gestohlenen Daten als legitim. Im Juli waren es erst 51 Prozent. Fast jeder Zweite berichtet über eine negative Einstellung gegenüber den betroffenen Banken. Damit ist der Wert im Vergleich zum Juli um 12 Prozentpunkte gestiegen. So vertrauen etwa der LGT 24 Prozent der Anleger nicht. Unmittelbar vor dem Steuerkandal waren es nur 13 Prozent. (wfr)

Freiheit für Marco Tinner

In der Atomschmuggel-Affäre Tinner sind jetzt alle Beschuldigten wieder auf freiem Fuss. Als letztes Mitglied der Familie aus Haag wurde gestern Marco Tinner aus knapp 41-monatiger Untersuchungshaft entlassen.

Bern. – Der 40 Jahre alte Marco Tinner wurde nach Hinterlegung einer Kautions von 100 000 Franken am Freitagmorgen aus der Untersuchungshaft entlassen. Damit wurde ein Entscheid des Bundesstrafgerichts vom Mittwoch vollzogen, in dem die seit dem 5. September 2005 andauernde Haft als unverhältnismässig bezeichnet worden war. Die Bundesanwaltschaft hat darauf verzichtet, auch diesen Entscheid nochmals anzufechten und ans Bundesgericht in Lausanne weiterzuziehen.

Marco Tinner drei Jahre älterer Bruder Urs war bereits am vergangenen 19. Dezember aus mehr als vier-

jähriger Untersuchungshaft entlassen worden. Vater Friedrich Tinner kam Ende Januar 2006 nach knapp fünfmonatiger Untersuchungshaft wieder frei.

Gegen alle drei gehen die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden weiter. Sie werden verdächtigt, dem Atomschmuggel-Netzwerk des «Vaters» der pakistanischen Atombombe, Abdul Qadeer Khan, angehört zu haben. Untersuchungsrichter Müller ermittelt im Zusammenhang mit der Proliferation von Nukleartechnologie an Libyen wegen Verstössen gegen das Güterkontrollgesetz und gegen das Kriegsmaterialgesetz sowie wegen Geldwäscherei. Den Beschuldigten drohen Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren.

Höhe Hürden für Aufklärung

Nach der vom Bundesrat angeordneten Vernichtung des gesamten Beweismaterials, das die Untersuchungsbehörden bei den Beschuldigten be-

schlagnahmen hatten, und dem Entzug der polizeilichen Unterstützung für den Untersuchungsrichter sind die Hürden für eine Anklage im Fall Tinner sehr hoch geworden.

Streit um die Polizei

Am Freitag blieb zunächst offen, ob der Direktor des Bundesamts für Polizei, Jean-Luc Vez, auf seinen Beschluss vom 11. Juli 2008 zurückkommt und dem Untersuchungsrichter wieder Unterstützung durch die Bundeskriminalpolizei gewährt. Die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments hatte dieses vom Bundesrat unterstützte Verbot am Donnerstag als rechtlich bedenklich bezeichnet und den Bundesrat aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Untersuchungsrichter die ihm gesetzlich zustehende gerichtspolizeiliche Unterstützung erhält. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) wollte sich am Freitag nicht dazu äussern, ob diesem Begehren Folge geleistet wird. (ap)

Zumwinkel-Effekte auch in Österreich

Wien. – In Österreich haben sich im Zusammenhang mit der gestohlenen und später vom deutschen Geheimdienst gekauften LGT-Kundendaten inzwischen 99 Steuerbürger selbst angezeigt. Diese Zahl nannte ein Sprecher des Österreichischen Finanzministeriums gestern in der Wiener «Presse». Darunter seien auch 32 Menschen gewesen, deren Daten gar nicht auf der «Liechtenstein-DVD» waren. Sie haben sich offenbar aus Angst selbst angezeigt, um ein Finanzstrafverfahren zu vermeiden.

Deutschland hatte unter anderem Österreich Daten der DVD zur Verfügung gestellt. Insgesamt ging es um 160 Datensätze, zum Teil steckten hinter den Stiftungen aber die gleichen Personen. Verwertbar waren damit 130. Die Justiz arbeitet nach dem Bericht nun mit «Hochdruck» an 40 verwertbaren Fällen. Es habe bereits zwei Dutzend Hausdurchsuchungen gegeben, zitiert die «Presse» den Ministeriumssprecher. (wfr)